

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 183. Ratssitzung vom 21. August 2013

4164. 2013/149

Motion von Nicolas Esseiva (SP) und Andreas Edelmann (SP) vom 17.04.2013: Ausrichtung von Risikobeiträgen im Rahmen der Abklärungen für Erschlies- sungsprojekte neuer Fernwärmeverbände

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, die Motion entgegenzunehmen.

Nicolas Esseiva (SP) begründet die Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 3863/2013): Mit Wärmeverbänden können pro Jahr 70 000 Tonnen Heizöl eingespart werden. Heute werden bereits 170 000 Wohnungen mit dieser umweltschonenden Technologie beheizt. Die Verbände leisten einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der CO₂-Ziele im Rahmen der 2000-Watt-Gesellschaft. Hier besteht noch grosses Potenzial. Es gibt genügend Abwärme, die genutzt werden könnte. Für die Realisierung eines Verbunds müssen jedoch genügend Anrainerinnen und Anrainer bereit sein, sich anzuschliessen. Sie gehen dabei das Risiko ein, dass der Anschluss verspätet oder gar nicht realisiert wird. Deshalb soll ein Objektkredit für Risikobeiträge geschaffen werden. Mit dem Kredit könnten auch Projektrisiken von Seiten der Netzbetreiber und Initiatoren abgedeckt werden. Einen neuen Verbund zu realisieren, braucht erhebliche Vorleistungen: Vorabklärungen, Projektierung, Informationsveranstaltungen. Es braucht Kommunikationsmassnahmen, damit die betreffenden Hauseigentümer direkt informiert werden können.

Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP) begründet den gestellten Ablehnungsantrag: Das Prinzip der Freiwilligkeit wird hier nicht gewahrt. Wir sind dagegen, dass interessierte Liegenschaftbesitzer zu etwas verpflichtet werden können. Zudem haben wir den Eindruck, dass man nicht unbedingt weiter in Fernwärme und die entsprechenden Verbände investieren sollte. Es ist fraglich, ob das ökonomisch in Zukunft sinnvoll ist. Sind Häuser und Bauten besser isoliert, fällt auch weniger Fernwärme an. Fernwärme muss dann möglicherweise importiert werden. Das ist aus unserer Sicht nicht zielführend.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Claudia Nielsen: Es geht nicht darum, von weit her Fernwärme zu importieren. Das wäre finanziell nicht realisierbar. Es geht eher um Nahwärmeverbände. Wir haben eine Gesetzesauslegung gefunden, nach der man heute unter Fernwärme auch Nahwärme und -kälte verstehen könnte. Die Stimmberechtigten haben uns verbindliche CO₂-Ziele vorgegeben. Wollen wir diese erreichen, braucht es weitere Anstrengungen. Wir müssen von der fossilen Energie wegkommen. Bei den Verbänden besteht grosses Potenzial. Mit relativ geringen Risikobeiträgen kann ein ansprechendes Resultat erreicht werden. Die Eigentümerinnen und Eigentümer sollen die Sicherheit haben, dass sie ihre Heizung planen können.

Weitere Wortmeldungen:

Martin Bürlimann (SVP): *Wie die EVP wehren auch wir uns dagegen, dass interessierte Liegenschaftsbesitzer zu einem Anschluss verpflichtet werden können. Das käme einem massiven Eingriff ins Privateigentum eines Hausbesitzers gleich. Bereits heute müssen Hausbesitzer zahlreiche Eingriffe akzeptieren. Diese Eingriffe werden durch übergeordnete Interessen gerechtfertigt. Doch bei zusätzlichen Eingriffen ins Privateigentum, die private Investitionen behindern können, sollte man äusserst zurückhaltend sein. Wenn es preislich interessant ist, werden die Hauseigentümer bestimmt gerne mitmachen. Doch man sollte ihnen nichts aufdrängen.*

Andreas Kirstein (AL) beantragt Umwandlung in ein Postulat: *Die AL würde die Motionen nur als Postulate entgegennehmen. Den beiden Postulaten zur Förderung der Null-Energie-Bauten und den energetischen Sanierungen stimmen wir zu. Wir sind aber der Meinung, dass weitere unkontrollierte Ausschüttungen von Millionenbeiträgen an Private momentan nicht statthaft sind. Es braucht eine Strategie zwischen den einzelnen Departementen bezüglich der Umsetzung der 2000-Watt-Gesellschaft, denn verschiedene Departemente schütten jeweils in ihrem Bereich Subventionen aus.*

Philipp Käser (GLP): *Die Motion schießt über das Ziel hinaus. Es bleibt unklar, womit der Kredit gerechtfertigt werden soll. Würde das Geld überhaupt sinnvoll, zielführend und effizient eingesetzt? Es bleibt die Frage, warum die sozialdemokratische Fraktion einen Antrag der eigenen Stadträtin nochmals einreichen muss. Traut die SP ihrer eigenen Stadträtin nicht zu, das Versprechen umzusetzen? Die GLP begrüsst die Absicht des Stadtrats, verschiedene Anträge vorzubereiten, die klimawirksame Massnahmen umsetzen und beschleunigen könnten. Es wurde auch ein Testbetrieb vorgeschlagen. Es sollten Entscheidungsgrundlagen geliefert werden. Danach kann ein Antrag an den Gemeinderat gemacht werden. In diesem Sinn unterstützen wir diesen Vorstoss gerne als Postulat.*

Karin Weyermann (CVP): *Die CVP hat der Weisung zugestimmt und wartet auf die Anträge. Die vorliegende Motion können wir nicht unterstützen. Sie ist zu unklar formuliert. Die Stadträtin sagt, es sei davon auszugehen, dass die Risikobeiträge niedrig ausfallen werden. Diese Aussage ist uns zu wenig genau. Die nachfolgende Motion werden wir hingegen unterstützen. Wir gehen davon aus, dass Desinvestitionsbeiträge sinnvoll und zielführend sind.*

Dr. Martin Mächler (EVP): *Gemäss Stadträtin Claudia Nielsen geht es in der vorliegenden Motion nicht um Fernwärme, sondern um Nah- und Abwärme. Das würden wir begrüssen. Im eigentlichen Text der Motion wird allerdings von Fernwärme gesprochen. Aus diesem Grund können wir der Motion nicht zustimmen.*

Andreas Edelmann (SP) ist einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln: *Wir wollen Wärmeverbünde, gemeinsame Lösungen ermöglichen, Lösungen für mehrere Objekte, aber auch für Strassenzüge oder ganze Quartiere. Die Grösse ist nicht definiert. Wir möchten auch nicht vorschreiben, mit welchen Energieträgern ein Wärmever-*

3 / 3

bund betrieben werden muss. Fernwärme ist einer der möglichen Energieträger. Die ETH Hönggerberg etwa bildet einen grossen Wärmeverbund, um Abwärme nutzen zu können. Bei solchen Projekten benötigt man eine grosse Anfangsinvestition, eine lange Planung, einen langen Atem. Es braucht eine gewisse Gleichzeitigkeit, grosse einzelne Investitionen, alle sollten mitmachen. Für Nachbarn in einer Strasse ist das etwas schwieriger. Wir wollen der Stadt Mittel in die Hand geben, um solche Wärmeverbünde zu ermöglichen, Anfangsrisiken zu tragen und ein gutes Werkzeug zu haben. Wir sind aber auch bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Albert Leiser (FDP): *Wenn Hauseigentümer zu Energiemassnahmen verpflichtet werden, wie werden dann die Wohnungen umgerüstet? Häuser, die mit Gas heizen, haben auch oft Gasherde. Wie wird eine Umrüstung bezahlt? Wir haben eine solche Situation bereits erlebt. Es war schwierig, Lösungen zu finden. Wenn es irgendwo eine Möglichkeit gibt, etwas Neues zu bauen, können sich Freiwillige anschliessen. Wenn das gewährleistet ist, wird es auch Hauseigentümer geben, die bereit sind, zu einem gewissen Zeitpunkt umzurüsten. Der vorliegende Vorschlag ist aber so nicht umsetzbar.*

Martin Bürlimann (SVP) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat.

Das Postulat GR Nr. 2013/286 (statt Motion GR Nr. 2013/149, Umwandlung) wird mit 75 gegen 41 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat